

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“

Kurzprotokoll

31. Sitzung

Öffentliche Sitzung

Berlin, 11. Februar 2009, 17:00 Uhr
Sitzungsort: Paul-Löbe-Haus

Sitzungssaal: E.300

Vorsitz: Dr. Michael Bürsch, MdB

1. Entwicklung von Wissenschaft, Forschung und Lehre im Bereich Zivilgesellschaft
2. Vorstellung der Konzeption eines Debattenzyklus „Netzwerk Politik, Wissenschaft und Bürgergesellschaft“
3. Verschiedenes

Anwesenheitsliste*

Mitglieder des Unterausschusses

CDU/CSU

Blumenthal, Antje

Mahlberg, Thomas

Riegert, Klaus

SPD

Bürsch, Dr. Michael

Kumpf, Ute

Reichenbach, Gerold

Rix, Sönke

Steinecke, Dieter

FDP

Laurischk, Sibylle

DIE LINKE.

Reinke, Elke

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Gehring, Kai

Haßelmann, Britta

*) Der Urschrift des Protokolls ist die Liste der Unterschriften beigelegt.

Gäste

Prof. Dr. Jutta Allmendinger	Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)
Prof. Dr. Helmut Anheier	Centrum für soziale Investitionen und Innovationen (CSI)
Dr. Eckhard Priller	Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)
Dr. Volker Then	Centrum für soziale Investitionen und Innovationen (CSI)

Bundesregierung

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Matena, Hans

Moser, Beate

Schenkel, Dr. Martin

Bundesrat/Ländervertretungen beim Bund

Spoerhase-Eisel, Nicole Saarland

Fraktionen

Bernhard, Dr. Lars CDU/CSU

Stein, Thomas FDP

Kummer, Ralph DIE LINKE.

Der **Vorsitzende** eröffnet die 31. Sitzung des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“ und begrüßt zu Tagesordnungspunkt 1 „Entwicklung von Wissenschaft, Forschung und Lehre im Bereich Zivilgesellschaft“ die Sachverständigen Prof. Dr. Jutta Allmendinger (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung/WZB) und Prof. Dr. Helmut Anheier (Centrum für soziale Investitionen und Innovationen/CSI). An der Sitzung nahmen zudem Dr. Eckhard Priller vom WZB und Dr. Volker Then vom CSI teil. Aufklärung erhoffe sich der Unterausschuss von den Sachverständigen in dieser Sitzung insbesondere zu den Fragen, wie der Stand von Wissenschaft und Lehre im Themenbereich Bürgerschaftliches Engagement sei, wo Wissenslücken bestünden und wie die Forschung besser als bisher gefördert werden könne.

Prof. Dr. Jutta Allmendinger (WZB) weist einleitend darauf hin, dass sich sowohl an Universitäten als auch an Fachhochschulen bisher nur wenige Lehrstühlen mit dem Themengebiet Bürgerschaftliches Engagement befassten. Das hänge auch damit zusammen, dass an deutschen Hochschulen das Denken in Disziplinen nach wie vor weit verbreitet sei. Es werde zwar viel über interdisziplinäre Forschung geredet, aber immer noch könnten sich Querschnittsthemen wie das Thema Zivilgesellschaft an Universitäten nur schwer etablieren. Es sei bei einigen Themen gelungen, wie zum Beispiel bei der Genderforschung, aber für den Untersuchungsgegenstand Zivilgesellschaft gelte dies bisher noch nicht. Sie begreife dies nicht nur als Defizit der deutschen Hochschulen, sondern auch der außeruniversitären Einrichtungen, die gerade im internationalen Vergleich in Deutschland ein sehr starkes Gewicht hätten. Auch hier überwögen jedoch disziplinär ausgerichtete Ressortforschungseinrichtungen. Sie bedauere dies umso mehr, als sie bürgerschaftliches Engagement für eines der Kernthemen unserer Zeit erachte, was sie mit einigen Stichpunkten kurz umreißen wolle.

Soziologisch ausgedrückt führe die Kommodifizierung unseres Lebens zu einer immer stärkeren Hinwendung zur Erwerbsarbeit. Dies gelte insbesondere für Frauen. Durch deren stärkere Erwerbstätigkeitsorientierung falle ein enorm hohes Potential von ehrenamtlicher Tätigkeit in der Gesellschaft weg – wobei sie diese Feststellung ausdrücklich nicht als Plädoyer für die Nichterwerbstätigkeit von Frauen missverstanden wissen wolle. Durch diese Verschiebungen bei der Erwerbstätigkeit, durch die Verlängerung von Lebenszeiten, durch die Notwendigkeit einer präventiven Arbeitsmarkt-, Sozial- und Bildungspolitik und einer verlängerten Pflege im Alter brauche man jedoch eher mehr als weniger gesellschaftliches Engagement. Dies gelte

auch für das Thema Integration von Migrantinnen und Migranten, wo bürgerschaftlichen Engagements eine wichtige unterstützende Rolle spielen könne.

Sie wolle im Folgenden skizzieren, was das WZB sowohl bereichsspezifisch als auch bereichsübergreifend im Themenbereich Zivilgesellschaft mache – einschließlich der Bemühungen, Zivilgesellschaft als Querschnittsthema zu etablieren. Zunächst einmal gebe es am WZB eine eigene Abteilung „Zivilgesellschaft, Demokratie, Konflikte“. Hier werde in einem eigenen Schwerpunkt über Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement im engeren Sinne, über dessen Transformation und internationale Bedeutung geforscht.

Es gebe darüber hinaus die Abteilung „Bildung, Arbeit, Lebenschancen“. Darin bearbeite das WZB im Rahmen des vor kurzem ins Leben gerufenen Nationalen Bildungspanels auch die Frage, wie sich Bildung zu bürgerschaftlichem Engagement verhalte und wie Bildungsdefizite auch durch Engagement bekämpft werden könnten. Eine weitere Abteilung beschäftige sich mit dem Vergleich von Lebenschancen sowohl auf europäischer als auch auf internationaler Ebene. Auch hier würden Fragen des Engagements abgebildet und gebündelt. In der Forschungsgruppe „Publik Health“ werde über bürgerschaftliches Engagement in spezifischen Bereichen, wie beispielsweise der Aidsprävention, geforscht. Außerdem würden im Bereich „Familie in den internationalen Strukturumbrüchen“ beispielsweise andere Formen der Erwerbsarbeit auch innerhalb von Haushalten und Partnerschaften analysiert. Zudem sei man dabei, einen neuen Bereich „Experimentelle Ökonomie“ zu gründen, in dem man auch die Wertigkeit von bezahlten und unbezahlten Engagementformen untersuche.

Eines ihrer großen Anliegen sei, Querschnittsthemen im WZB zu definieren – und bürgerschaftliches Engagement sei eines davon. Man treffe sich ungefähr einmal im Monat zu einem Seminar mit 25-30 Vertretern aus unterschiedlichen Abteilungen. Dort werde das aktuelle Wissen aus allen Abteilungen des WZB zusammengetragen und diskutiert. Ab Ende 2009/Anfang 2010 sei geplant, daraus ein regelmäßiges, für nationale und internationale Teilnehmer offenes Seminar zu machen.

Wie dem Unterausschuss bekannt sei, sei das WZB außerdem derzeit dabei, einen ersten Bericht zum Thema Bürgerschaftliches Engagement zu erarbeiten, der die Grundlage für eine weitere regelmäßige parlamentarische Engagementberichterstattung ab der nächsten Legisla-

turperiode bilden solle. Die damit befasste Forschergruppe werde von Herrn Priller geleitet, dem sie gerne noch die Gelegenheit geben wolle, einige Facetten des Berichtes genauer zu skizzieren. Betonen wolle sie, dass es sich dabei nicht um einen reinen WZB-Bericht handele. Vielmehr habe sich das WZB sehr darum bemüht, Kontakte zu anderen Forschungseinrichtungen in diesem Themenbereich zu stärken und ihnen eine Plattform zu geben. Das WZB begreife sich insofern eher als „Facilitator“. Der Bericht sei umfassend angelegt und habe als Schwerpunkt den Bereich Familie.

Dr. Eckhard Priller (WZB) betont, Frau Prof. Allmendinger habe zu Recht darauf hingewiesen, dass in dem Bericht nicht ausschließlich Ergebnisse des WZB präsentiert würden. Das WZB habe eine stark koordinierende Funktion übernommen und habe auch die Kooperationen mit anderen Instituten im Feld gesucht. So habe man im Rahmen des Berichts mehr als zehn kleinere Expertisen vergeben, was auch eine Möglichkeit sei, die Wissenschaftslandschaft im Feld stärker zusammenzuführen. Ein Nebenprodukt dieses Berichts werde deshalb auch ein enger verknüpftes Wissenschaftler-Netzwerk sein, womit auch eine bessere Strukturierung der Forschung gefördert werde.

Die Ergebnisse des Berichts zeigten, dass es noch eine Reihe von Lehrstellen im Forschungsbereich gebe, die vor allem daher rührten, dass sich im bürgerschaftlichen Engagement in der letzten Zeit viele neue Entwicklungen vollzogen hätten, die von der Wissenschaft noch nicht ausreichend abgebildet worden seien. Das zeige sich beispielsweise deutlich, wenn man die Übergänge zwischen dem Engagement und anderen Bereichen betrachte, beispielsweise zur Erwerbsarbeit, wo solche Überschneidungen und neue Entwicklungen festzustellen seien. Eines der nächsten Themen des Unterausschusses werde die Frage der Monetarisierung sein, wo sich dies exemplarisch zeige. Überschneidungen gebe es aber auch zwischen dem bürgerschaftlichen Engagement und informellen Tätigkeiten – ein weiterer Bereich, dem die Forschung verstärkt Aufmerksamkeit schenken sollte. Der Bericht werde versuchen, insbesondere eine enge Verbindung zwischen der Ebene des individuellen Engagements auf der einen und der Ebene der zivilgesellschaftlichen Organisationen auf der anderen Seite herzustellen, die bislang in der Forschung zu wenig beachtet worden sei. Auch die Wechselwirkungen zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft werde man stärker in den Blick nehmen.

Eines der zentralen Ergebnisse des Berichtes, der Ende Mai auch im Unterausschuss vorgestellt werde, sei auch, dass in vielerlei Hinsicht eine Neuorientierung der Forschung erforderlich sei. Während seit den 1990er Jahren sehr stark Wert auf die Analyse gegenwärtiger Prozesse gelegt worden sei, sollte in Zukunft stärker untersucht werden, wohin Entwicklungen und künftige Prozesse im bürgerschaftlichen Engagement gingen. Im Umweltbereich habe beispielsweise das freiwillige Engagement vor 20 bis 25 Jahren eine wichtige Rolle gespielt, während es in letzter Zeit nach Aussagen der Umweltverbände eher nachgelassen habe. Dafür gebe es neue Bereiche, wie den der Ernährung, die verstärkt Aufmerksamkeit erfordern. Man täte – nach seiner Einschätzung – gut daran, solche neuen Entwicklungen und Bereichsver-schiebungen im Engagement stärker in das Kalkül zu ziehen.

Zudem müsse der Aspekt der Nachhaltigkeit beachtet werden. Welche gesellschaftlichen Fragen berührten auch den Engagementbereich, welche Wirkungen riefen sie hervor und wie könnten diese zielgerichteter angegangen werden, seien Aspekte, denen man sich in diesem Zusammenhang stellen müsse. Schließlich sollte auch die Messung von Effizienz und Wirksamkeit größere Aufmerksamkeit in der Forschung finden – ein Bereich, in dem man noch ganz am Anfang stehe. Außerdem müsste noch mehr in den Blick geraten, welche Instrumente und Institutionen stärker auszubauen seien, um bürgerschaftliches Engagement weiter zu entwickeln und zu fördern.

Zusammenfassend könne man konstatieren, dass viele Themen von der Forschung bisher nur ansatzweise behandelt worden seien und dass es wenig Koordination und systematische Ausrichtung der Forschung gebe. Das WZB sei, wie Frau Allmendinger bereits ausgeführt habe, in einigen Feldern bereits gut aufgestellt, aber es müsse insgesamt deutlich mehr getan werden.

Prof. Dr. Helmut Anheier (CSI) weist einleitend auf die Unterschiedlichkeit der Forschungslandschaften hin. Die Entwicklung der Forschungsagenda in den USA sei in den 1980er und 1990er Jahren rein reaktiv gewesen. Sie sei eine Reaktion der großen amerikanischen Stiftungen auf eine negativ eingestellte Regierung in Washington gewesen. Bis heute werde die Forschung in den USA weitgehend von Stiftungen getragen und finanziert.

In Großbritannien sei die Forschungsagenda in den 1990er Jahren dagegen eher proaktiv gewesen. Sie sei auch nicht überwiegend von Stiftungen getragen worden, sondern von den Aktivitäten von „New Labour“ und der Regierung Blair, die eine Neudefinition der Zivilgesellschaft erstrebt habe. Aus diesem Grund habe es an der London School of Economics sehr viele Gespräche mit der Politik gegeben, die auch Früchte in der Weise gezeigt hätten, dass Großbritannien im Vergleich zu anderen EU-Staaten die wahrscheinlich intelligenteste Politik in Bezug auf den Dritten Sektor und dessen zukünftiger Entwicklung habe. Dies zeige sich auch in der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzkrise, in der Großbritannien ein Paket von rund 50 Millionen Pfund zur Unterstützung des Dritten Sektors geschnürt habe. Dies sei mehr als in der ganzen EU sonst zusammen genommen. Auf diesen Aspekt werde er am Ende seiner Ausführungen noch einmal eingehen.

Zunächst wolle er jedoch etwas über die Arbeit des Centrums für soziale Investitionen und Innovationen sagen. Das CSI sei eine zentrale Einrichtung der Universität Heidelberg, die sich mit interdisziplinärem Ansatz mit Forschungsthemen über den Dritten Sektor und die Zivilgesellschaft beschäftige. Darüber hinaus habe man einen Masterstudiengang „Nonprofit-Management und Governance“ zur Ausbildung von Führungskräften für den Dritten Sektor entwickelt. Die große übergreifende Forschungsfrage des CSI laute, wie investieren moderne Gesellschaften in ihre Zukunft, wenn der Staat dies nicht mehr alleine könne und wolle und welchen Beitrag leisten hierzu private Organisationen und Individuen. Um diese Frage beantworten zu können, sei die Entwicklung einer Forschungsagenda notwendig, die die ganze Forschung zum Dritten Sektor einschließe. Im Vordergrund stehe die Frage, warum es in Marktgesellschaften Organisationen gebe, die keinen Gewinn erzielen, sondern die offensichtlich etwas anderes erreichen wollten.

Es habe lange Zeit einen großen Theorie-, Daten- und Empirie-Bedarf in diesem Bereich gegeben. In den letzten zehn bis zwanzig Jahren sei jedoch einiges geschehen. So gebe es mittlerweile eine gut fundierte, allerdings weiterhin ausbaufähige Theorielandschaft und ein gefestigteres begriffliches Inventarium zur Zivilgesellschaft als früher. Auch die Datenlage habe sich verbessert, obwohl hier noch sehr viel zu tun sei. Vor rund einem dreiviertel Jahr sei das Projekt „Zivilgesellschaft in Zahlen“ vorgestellt worden, das vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, von der Bertelsmann Stiftung, der Thyssen Stiftung und vom Statistischen Bundesamt unterstützt werde. Im Rahmen dieses Projektes solle ein „Satellitenkonto“ als Teil

der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung erstellt werden. Sollte dies gelingen und fortgeführt werden, sei ein wichtiger Grundstein für die mittel- bis langfristige Berichterstattung zur Zivilgesellschaft gelegt.

Im Folgenden wolle er die weitere Forschungsagenda kurz skizzieren. Die Forschung wisse, warum Organisationen im Dritten Sektor existierten, was man noch nicht so gut erklären könne, sei, wie sich diese Organisation verhielten, wenn sich Angebots- und Nachfragestrukturen und politische Rahmenbedingungen änderten. Es gebe seit längerer Zeit in Deutschland eine Diskussion zur Neubestimmung der Subsidiarität, die Veränderungen angestoßen habe. Wie sich diese Veränderungen auf das Organisations- und Finanzgebaren und auf viele andere Aspekte des Organisationsverhaltens im Dritten Sektor auswirkten, wisse man jedoch nicht so genau. So habe man es an der Schnittstelle zwischen Markt und Zivilgesellschaft mit Hybridentwicklungen und neuen Organisationsformen wie den Public Private Partnerships zu tun, bei denen ganz unterschiedliche Organisationslogiken und Verhaltensweisen zusammenträfen. Diese gelte es besser zu verstehen, um herauszufinden, ob die geeigneten politischen Rahmenbedingungen vorhanden seien, damit sich diese neuen Organisationsformen auch weiter entwickeln könnten.

Wenn man darüber nachdenke, was der Beitrag der Organisationen des Dritten Sektors für die Reform und Neubestimmung des deutschen Wohlfahrtsstaates und anderer Bereiche der Gesellschaft sein könne, dürfe man die Spezifika und Charakteristika der Organisationen des Dritten Sektors nicht außer Acht lassen. Zum einen gebe es eine starke Wertegebundenheit vieler Organisationen im Dritten Sektor, die von religiösen, politischen oder sonstigen weltanschauliche Vorstellungen geprägt seien, was wiederum Einfluss auf deren Organisationsverhalten habe. Zum anderen habe man es im Dritten Sektor mit komplexen Trägerstrukturen zu tun. Es gebe keine Äquivalente zu Eigentümern, sondern vielmehr ein Phänomen, das man in der modernen Managementlehre als „multiple Stakeholder“ bezeichne, die mit ganz unterschiedlichen Erwartungen an die Organisation heranträten. Zudem wiesen die Organisationen des Dritten Sektors nicht selten multiple Einkommensstrukturen auf, was diese oft fragiler und politisch komplexer als viele Unternehmen mache. Auch Fragen der Effizienz- und Effektivitätsmessung gestalten sich im Dritten Sektor viel schwieriger als in der Wirtschaft, weshalb zivilgesellschaftliche Organisationen vielfach nicht wüssten, wie gut oder schlecht sie eigentlich seien. Auch hier müsse die Forschung noch bessere Antworten finden.

Abschließend wolle er noch einige Ausführungen zur gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzkrise machen. Keiner wisse derzeit, wie der Dritte Sektor und die deutsche Zivilgesellschaft von dieser Krise betroffen sein werde. Was man aber schon vorhersagen könne, sei, dass bestimmte, bereits früher begonnene Prozesse sich fortsetzen und in ihren Auswirkungen wahrscheinlich schneller und vehementer eintreten würden. So habe man es beispielsweise mit einer steigenden Nachfrage nach gemeinnützigen Dienstleistungen just zu einer Zeit zu tun, in der die finanzielle Lage der meisten Organisationen des Dritten Sektors angespannt sei. So gebe es eine stärkere Einbindung des Dritten Sektors in Public Private Partnerships. Hinzu trete die Diskussion über neue Geschäftsmodelle in vielen Bereichen des Gesundheitssektors, in Kunst, Kultur und Hochschulbildung bis hin zu sozialen Diensten. Eine Auswirkung der Krise würden zumindest mittelfristig vehemente Mittelkürzungen sein, von denen auch der Dritte Sektor betroffen sein werde. Die Forschung müsse daher Antworten darauf finden, wie der Dritte Sektor proaktiv auf diese Situation reagieren könne und wie neue Finanzierungs- und Geschäftsmodelle für zivilgesellschaftliche Aktivitäten bei zurückgehenden öffentlichen Mitteln aussehen könnten. Wichtig erscheine ihm darüber hinaus, eine Art Prognostik zu entwickeln, die es ermögliche, Zukunftsfragen und -szenarien für die deutsche Zivilgesellschaft vorzudenken und politische Optionen herauszuarbeiten.

Der **Vorsitzende** dankt den Sachverständigen für ihre einleitenden Wortbeiträge. Bisher sei von den Experten vor allem über den Bereich der Forschung gesprochen worden. Von Interesse sei jedoch auch, wie es sich mit dem Thema „Lehre im Bereich Zivilgesellschaft“ verhalte. Er bitte daher beide Sachverständige, auch noch kurz auf den Stand und den Handlungsbedarf in diesem Bereich einzugehen.

Prof. Dr. Helmut Anheier (CSI) erläutert, dass man am CSI einen Masterstudiengang für angehende Führungskräfte entwickelt habe, die schon im Dritten Sektor arbeiteten. Vergleichbare Angebote gebe es auch an der Universität Münster und an der privaten Zeppelin-Universität. Wenn man bedenke, dass etwa fünf bis sechs Prozent der Bevölkerung im Dritten Sektor beschäftigt seien, sei die Zahl der Institute, die sich mit der Ausbildung von Führungskräften in diesem Bereich befassten, eher bescheiden – insbesondere wenn man dies mit dem Banken- und Finanzwesen vergleiche, wo die Zahl der Beschäftigten ungefähr gleich hoch sei. Man sei jedoch nach seiner Ansicht insgesamt auf einem guten Weg. Was der Lehre im Bereich Zivilgesellschaft oft entgegenstehe, sei die bereits angesprochene, starke disziplinäre

Versäulung an deutschen Universitäten. Diese äußere sich darin, dass es beispielsweise schwierig sei, betriebswirtschaftliche Themen in der Soziologie unterzubringen und umgekehrt. Dieses Problem werde sich höchstens mittelfristig lösen lassen. In Heidelberg sei es gelungen, in der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät ein relativ breites Angebot an Vorlesungen und Seminaren zum Dritten Sektor zu entwickeln, das sowohl von Studenten der Ökonomie als auch der Politologie und Soziologie wahrgenommen werde.

Prof. Dr. Jutta Allmendinger (WZB) betont, sie wolle sich nicht anmaßen, über den ganzen Bereich der neuen Bachelor- und Masterstudiengänge abschließend zu urteilen. Bei den alten Diplomstudiengängen habe es jedenfalls, wenn man Zivilgesellschaft als breites Querschnittsthema betrachte, keinen gesonderten Studiengang gegeben und auch bei den neu gebildeten Bachelor-Studiengängen ständen wieder partikulare Fragen im Vordergrund. Insofern teile sie den Optimismus von Prof. Anheier nicht, dass man bei der Lehre auf einem guten Weg sei. Hier bedürfe es nach ihrer Einschätzung erst einmal eines direkten Anschubs.

Der **Vorsitzende** dankt den Sachverständigen für ihre ergänzenden Antworten. Er eröffnet die Fragerunde und erteilt zunächst dem Abg. Gehring das Wort.

Abg. **Kai Gehring** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) teilt die Einschätzung, dass Wissenschaft, Forschung und Lehre im Bereich Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft leider immer noch ein eher nachrangiges Themenfeld seien. Deshalb sei es auch eine spannende Frage, welche Anreize Politik geben könne, um dieses Themenfeld zu stärken. Denn er sei der Auffassung, dass der Themenbereich Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft die geistes- und sozialwissenschaftliche Forschung insgesamt bereichern könne. Allerdings werde in der Forschungs- und Hochschulpolitik von Bund und Ländern ein deutlicher Schwerpunkt auf die Naturwissenschaften gelegt. Dies gelte beispielsweise für die Exzellenzinitiative. Aber auch die Profilbildungsprozesse in der Hochschullandschaft in den letzten Jahren hätten nicht unbedingt dazu beigetragen, die Geistes- und Sozialwissenschaften zu stärken. Deshalb interessiere ihn, was die Wissenschaft von der Politik erwarte. Sinnvoll erscheine ihm auch, die Frage der Forschungsförderung mit dem BMBF und dem Bildungsausschuss zu diskutieren. Beim Thema „Lehre“ sehe er das Problem, dass die Einflussmöglichkeiten der Bundesebene seit der Föderalismusreform I noch geringer geworden seien. In die-

sem Zusammenhang interessiere ihn auch, ob es einen bundesweiten Überblick über die existierenden Studiengänge und Lehrstühle im Themenbereich Zivilgesellschaft gebe.

Darüber hinaus sei erwähnt worden, ob bei dem angesprochenen Engagementbericht auch die Frage, welche Gruppen beim bürgerschaftlichen Engagement wirklich partizipieren, eine Rolle spiele – differenziert zum Beispiel nach sozialer und ethnischer Herkunft, Altersgruppe oder Geschlecht. Zum anderen bitte er die Sachverständigen, auch etwas zum Bereich der Engagementforschung auf europäischer Ebene zu sagen. Auch hier habe er den Eindruck, dass die geistes- und sozialwissenschaftliche Forschung kaum berücksichtigt werde.

Prof. Dr. Jutta Allmendinger (WZB) betont, dass ihr keine Ressortforschungseinrichtungen bekannt seien, die in diesem Themenfeld arbeiteten, obwohl hier die Möglichkeit bestünde, unterschiedliche disziplinäre Felder abzudecken. Dieses Manko werde auch nicht durch große Forschungsprogramme der Ministerien substituiert, wie sie beispielsweise im Bereich der Frauenförderung durch das BMBF existieren. Hinzu komme, dass es auch auf der Ebene der großen Stiftungen, z.B. der Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) oder der Volkswagen Stiftung, keine Programme im Bereich Bürgerschaftliches Engagement/Zivilgesellschaft gebe. Solche Programme seien jedoch wichtige Antriebsfedern für junge Leute, in diese Forschungsgebiete hineinzugehen, weil sie da Stipendien und Drittmittelfinanzierungen bekommen könnten. Insofern wäre hier ein wichtiger Ansatzpunkt für die Forschungsförderpolitik.

Was die Frage nach den Studiengängen angehe, habe die Expertenkommission „Forschung und Innovation“ aktuell eine Expertise in Auftrag gegeben, die eine Bestandsaufnahme zu den bestehenden Bachelor- und Masterstudiengängen unter Einbeziehung der Graduierteneinrichtungen machen solle. Mit den Ergebnissen sei jedoch erst in etwa 14 Monaten zu rechnen.

Der erste Engagementbericht werde – wie bei anderen Berichten auch üblich – ein Schwerpunktthema haben. Dies sei das Thema Familie, wobei auch sozio-ökonomische und andere Differenzierungen (Geschlecht, Migrationshintergrund etc.) mit berücksichtigt würden.

Beim ganzen Bereich der Forschung müsse man immer genau trennen, ob man die Ebene der Individuen oder – wie Herr Prof. Anheier – die Ebene der Organisationen in den Blick nehme. Eine Analyse könne zudem lokal, national oder international vorgenommen werden, wobei

man sich am WZB auf die nationale und internationale Ebene konzentriere. Hier gebe es jedoch häufig das Problem nicht kompatibler und nicht repräsentativer Datensätze – auch weil es sich in der Regel nicht um nationale Daten handele, da diese zumeist in kleinen regionalen Modellprojekten erhoben worden seien. Hierzu könne jedoch Herr Dr. Priller noch mehr sagen.

Dr. Eckhard Priller (WZB) ergänzt, dass es zwar einige internationale Vergleichsuntersuchungen gebe, wie beispielsweise in den 1990er Jahren das Johns-Hopkins-Projekt, dass der Bereich insgesamt aber eher unterentwickelt sei. Gegenwärtig gebe es verstärkt Bestrebungen, Vergleichsuntersuchungen zwischen Deutschland, Österreich und der Schweiz anzustellen, so dass sich zumindest in diesen Staaten die Forschungslandschaft aufeinander zu bewege. Insgesamt seien hier aber noch gravierende Defizite vorhanden.

Es sei außerdem eine Tendenz, zu vielen kleineren Projekten festzustellen, deren Aussagefähigkeit bei aller Bedeutung eingeschränkt sei. Erforderlich seien größere Projekte, wobei zu überlegen sei, wie diese finanziert werden könnten. Denn nicht alles müsse über den Staat erfolgen. Eine Überlegung könnte beispielsweise sein, über die DFG einen Sonderforschungsbereich einzurichten und auf diese Weise die Forschungslandschaft in Deutschland stärker zu vernetzen. Hierzu müsse die Initiative von der Wissenschaft ausgehen.

Prof. Dr. Helmut Anheier (CSI) weist darauf hin, dass die Lehre auf die Forschung angewiesen sei, denn man benötige ein Curriculum, das Empirie und Theorie adäquat widerspiegele. In vielen Bereichen sei man jedoch noch nicht so weit. Dies fange bei den Grundlagendaten an. Derzeit verwende man in der Lehre zum Dritten Sektor in Deutschland Daten, die aus dem Jahre 1995 stammten und die wiederum weitgehend auf einer Fortschreibung der Arbeitsstättenzählung von 1987 beruhten. Auch adäquate Fallstudien über Organisationen im Dritten Sektor in Deutschland, die für die Lehre wichtig wären, lägen nicht vor. Selbst wenn man neue Studiengänge an mehreren Universitäten aufbauen wollte, würde man mindestens einen Vorlauf von zwei bis drei Jahren benötigen, um ein Curriculum zusammenzustellen.

Ein weiteres Problem sei die kleine Zahl der Forscher und Institute, die sich systematisch mit dem Thema beschäftige. Erst wenn die Zahl weiter zunähme, könnte man auch gezielter über Vernetzung sprechen und auch dann würde es eigentlich erst Sinn machen, über die Landes-

grenzen hinaus zu denken. Denn die wenigen bestehenden Institute in Deutschland hätten arge Kapazitätsprobleme, bereits die gegenwärtigen Forschungsfragen adäquat anzugehen.

Dr. Volker Then (CSI) ergänzt, dass am CSI derzeit sowohl die Ebene der Individuen als auch die der Organisationen in verschiedenen Projekten untersucht werde. Das Forschungsprojekt „Qualifizierung und bürgerschaftliches Engagement“, gefördert durch das BMFSFJ, untersuche bis Ende 2010, wo sich ungenutzte Potenziale für bürgerschaftliches Engagement finden und nutzen ließen. Schwerpunkt des Projekts sei die Identifizierung von Maßnahmen und Projekten, die mittels Qualifizierung Anreize für Engagement schaffen. Besonders interessierten innovative Ansätze, mit denen z.B. Personengruppen mit bislang niedriger Partizipation eingebunden werden können.

Seit dem 1. Januar 2009 untersuche man zudem im Rahmen des Forschungsprojekts „Bürger unternehmen Zukunft – Bürgerschaftliches Engagement von und für ältere Menschen“, wie sich die Angebots- und Nachfragestrukturen und -dynamiken in vier ausgewählten Engagementbereichen – Bildung, Integration, Arbeitsmarkt und Lebensbewältigung – entwickelten. Unter Angebot falle dabei beispielsweise die Frage, wie man Menschen in den genannten Engagementfeldern motivieren, gewinnen, binden und qualifizieren könne und wie sich das Organisationsverhältnis zwischen Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen entwickeln könne; unter Nachfrage werde verstanden, welche gesellschaftlichen Bedürfnisse und Aufgaben unter Mitwirkung von Engagierten etwa im Bereich Lebensbewältigung besser erfüllt werden könnten.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, er wolle zunächst weitere Fragen und Kommentare der Kolleginnen und Kollegen sammeln und erteile zunächst der Abg. Haßelmann das Wort.

Abg. **Britta Haßelmann** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) teilt das Plädoyer der Sachverständigen für mehr Forschung im Bereich Zivilgesellschaft. Die bestehenden Defizite seien anhand der beiden Freiwilligensurveys auch im Unterausschuss eingehend diskutiert worden. Den Hinweis von Frau Prof. Allmendinger auf den Impuls, der von der damaligen Gründung des Gender-Kompetenz-Zentrums ausgegangen sei, halte sie für interessant. Es sei zu erwägen, ob ein solcher Impuls nicht auch im Bereich Zivilgesellschaft gesetzt werden könnte.

Ihre erste Frage betreffe das bekanntermaßen schwierige Verhältnis zwischen professioneller sozialer Arbeit einerseits und dem bürgerschaftlichen Engagement andererseits. Sie interessiere, ob dieses in den existierenden Studiengängen der professionellen sozialen Arbeit berücksichtigt werde oder ob man die Studiengänge in diesem Punkt neu gestalten müsse.

Eine zentrale Bedeutung habe auch die Diskussion über die Monetarisierung im bürgerschaftlichen Engagement. Sie halte es jedoch für noch wichtiger, die Frage von Zeitpolitik nicht außer Acht zu lassen. Gerade vor dem Hintergrund von G8 und der Entgrenzung von Arbeit scheine ihr die Bedeutung der Ermöglichung von Engagement unter dem Stichwort „Zeitpolitik“ an Bedeutung zu gewinnen. Sie möchte von den Sachverständigen wissen, wie sie diesen Aspekt einschätzten.

Abschließend wolle sie darauf hinweisen, dass man bei der Diskussion über den Dritten Sektor in Großbritannien nicht vergessen dürfe, dass es dort ein ganz anderes Verständnis des Dritten Sektors gebe, das nicht ohne weiteres auf Deutschland übertragbar sei. Denn die Unterschiede in Bezug auf die kommunale Selbstverwaltung, die Wohlfahrtsverbände, den Wohlfahrtsstaat und die Subsidiarität seien beträchtlich. Insofern könne die Bereitstellung von 50 Millionen Pfund im Rahmen des Konjunkturpakets in Großbritannien auch kein Vorbild für Deutschland sein, es sei denn man wolle eine grundsätzliche Diskussion über die Neuordnung der gesamten NGO-Landschaft führen.

Abg. **Klaus Riegert** (CDU/CSU) weist darauf hin, dass er bei Anhörungen regelmäßig Klagen von Wissenschaftlern darüber vernehme, was alles noch nicht erforscht sei. Umgekehrt erhalte er jedoch ständig Anfragen über eine Beteiligung an Forschungsvorhaben, Untersuchungen, Umfragen und Doktorarbeiten auf seinen Schreibtisch. Insofern betrachte er solche Klagen mit einer gewissen Skepsis. Er glaube auch nicht, dass man die finanziellen Probleme im Bereich bürgerschaftliches Engagement in erster Linie unter dem Blickwinkel der Wirtschafts- und Finanzkrise betrachten sollte. Viele Probleme seien schon vor der aktuellen Krise vorhanden gewesen und resultierten auch daher, dass der Staat nicht dauerhaft mehr Geld ausgeben könne, als er einnehme.

Er habe zwei konkrete Nachfragen: Zum einen interessiere ihn, welche Parameter bei der von Prof. Anheier angesprochenen Effizienz- und Effektivitätsmessung angelegt würden, denn

beispielsweise unterscheide sich die Situation in den Sportvereinen – je nach Größe und Ausrichtung - deutlich voneinander. Zum anderen erkundigt er sich, welche praktische Relevanz man aus der Forschung und der Lehre ableiten könne.

Abg. **Ute Kumpf** (SPD) schließt sich den Ausführungen der Abg. Haßelmann hinsichtlich des Dritten Sektors in Großbritannien an. Die Delegationsreise des Unterausschusses nach Großbritannien habe gezeigt, dass die Strukturen in Bezug auf die kommunale Selbstverwaltung und die Daseinsfürsorge gänzlich andere seien. Die staatliche Unterstützung des Dritten Sektors in der Finanzkrise sei auch darauf zurückzuführen, dass dort anderenfalls die Daseinsfürsorge zusammenzubrechen drohe.

Probleme habe sie auch damit, bürgerschaftlich Engagierte in erster Linie unter dem Blickwinkel zu betrachten, wie diese Dienstleistungen erbringen könnten, die der Staat nicht mehr bereitstellen könne oder wolle. Denn schon die Enquete-Kommission habe den Eigensinn des bürgerschaftlichen Engagements als dessen besondere Qualität hervorgehoben. Hinzu komme, dass bürgerschaftliches Engagement immer auch widerständig und innovativ sei. Dies zeige beispielsweise ein Blick auf die Anfänge der Frauen- oder der Umweltbewegung. Auch beim Engagement von 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund stürze sich die Forschung vornehmlich auf die Defizite, anstatt zu schauen, wo es innerhalb der bestehenden Organisationen von Migratinnen und Migranten neue Entwicklungen und Ideen gebe, die Binde- und Kohäsionskräfte für die Gesellschaft bildeten.

Abg. **Sibylle Laurischk** (FDP) möchte wissen, von wem der Auftrag für den angesprochenen Engagementbericht des WZB stamme und wann dieser vorgelegt werde. Zudem interessiere sie, ob in dem Engagementbericht auch etwas über das bürgerschaftliche Engagement von Migrantinnen und Migranten und die Organisationen, in denen dieses stattfindet, enthalten sei. Denn sie habe den Eindruck, dass die Förderung solcher Aktivitäten eher schwach sei und deren Integrationswirkung vielfach unterschätzt werde.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Auftrag für die Erarbeitung eines ersten Engagementberichts durch das WZB vom BMFSFJ stamme und dieser vor rund einem Jahr als Maßnahme im Rahmen der Initiative ZivilEngagement im Unterausschuss angekündigt worden

sei. Dies entspreche im Übrigen auch einem expliziten großen Wunsch des Unterausschusses nach einer regelmäßigen Engagementberichterstattung auch in Zukunft.

Prof. Dr. Helmut Anheier (CSI) weist darauf hin, dass Effizienz und Effektivität im Dritten Sektor wichtige Themen für die Forschung seien, die man sensibel angehen müsse, da Wirtschaftlichkeitserwägungen und Wertevorstellungen dabei zusammenträfen. Er wolle dies an einem Beispiel verdeutlichen. Das CSI untersuche beispielsweise die Frage, ob es einen Unterschied mache, ob ein Hospiz oder eine Kindertagesstätte in gemeinnütziger oder öffentlicher Trägerschaft sei oder als gewinnorientierte Einrichtung geführt werde. Daraus folge die ordnungspolitische Frage, ob von der Politik bestimmte Trägerstrukturen vorgegeben werden sollten, weil diese effizientere und effektivere Leistungen hervorbrächten. Dies könne man in verschiedenen Bereichen analysieren, z.B. im Gesundheitswesen, bei den sozialen Diensten oder in der Entwicklungshilfe. Was die Frage nach der praktischen Relevanz angehe, werde den Studenten beispielsweise anhand von Fallstudien beigebracht, wie man in einer Nonprofit-Organisation unter bestimmten Problemstellungen am besten als Führungspersönlichkeit oder als Manager agieren könne.

Abg. **Dieter Steinecke** (SPD) fragt nach, ob Effizienz allein unter Kostengesichtspunkten betrachtet werde oder ob dabei auch qualitative Aspekte eine Rolle spielten.

Prof. Dr. Helmut Anheier (CSI) antwortet, beide Aspekte würden bei der Analyse berücksichtigt. Bei der Effizienz werde vor allem das Input/Output-Verhältnis untersucht, was aber noch wenig über die Qualität aussage. So könne beispielsweise eine Schule, die von der wirtschaftlichen Seite her effizient geführt werde, unter Effektivitätsgesichtspunkten schlecht abschneiden, weil die Kinder dort weniger als an anderen Schulen lernten.

In Bezug auf seine Bemerkungen zu Großbritannien sei er offensichtlich falsch verstanden worden. Er meine nicht, dass in der Engagementpolitik in Großbritannien oder den USA alles besser gemacht werde oder dass man in Deutschland eine Modernisierung des Dritten Sektors nach britischem Vorbild brauche. Er habe lediglich darauf hinweisen wollen, dass die Regierung in Großbritannien eine Anlaufstelle für den Dritten Sektor geschaffen habe, die in den letzten zehn Jahren relativ aktiv an der Reform des Dritten Sektors gearbeitet habe. Eine sol-

che, über ein einzelnes Ministerium hinausreichende Anlaufstelle in Berlin zu etablieren, hielt er für eine sinnvolle Idee.

Dr. Volker Then (CSI) weist darauf hin, dass im April eine Untersuchung des CSI veröffentlicht werde, die sich mit dem Thema befasse, wie die Unterstützung von älteren Menschen in quartiersbezogenen Mehrgenerationen-Wohnmodellen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und einer alternden Gesellschaft innovativ und alternativ organisiert werden könne. Mit Hilfe der „Social Return on Investment“-Analyse habe man sich dabei zum einen angeschaut, ob sich solche Modelle wirtschaftlich rechnen und zum anderen, ob solche Modelle zu generationenübergreifenden, kleinräumigen, nachbarschaftlichen Unterstützungsstrukturen führten, die die Eigenverantwortung und Solidarität der Menschen vor Ort stärkten. Die Untersuchung habe ergeben, dass solche Modelle funktionierten, wenn sie von sozialarbeiterischer Moderation und Koordination in Form einer Anlaufstelle begleitet würden, an die sich sowohl diejenigen wenden könnten, die Unterstützung bräuchten, als auch diejenigen, die bereit seien, Zeit und Engagement einzubringen. Ein weiteres Ergebnis sei, dass sich auf diese Weise nicht nur signifikant Pflegekosten einsparen ließen, sondern dass sich auch die sozialen Netze und Kontakte im Stadtquartier erheblich verdichtet hätten. Die Studie zeige, dass solche Modelle nicht nur unter Effizienz-, sondern auch unter Effektivitätsgesichtspunkten einen Beitrag zur Lebensbewältigung im Alter leisten und insofern eine Alternative zur traditionellen Antwort, dem weiteren Ausbau stationärer Pflegeheime, sein könnten.

Prof. Dr. Jutta Allmendinger (WZB) hebt hervor, dass aus ihrer Sicht vor allem eine zentrale Einrichtung fehle, die sich dem Thema annehme und die bestehende Forschung im Bereich Zivilgesellschaft bündele. Dabei würde sich wahrscheinlich zeigen, dass es mehr Forschung als erwartet zu dem Themenbereich gebe, weil diese durch die angesprochene Versäulung in der Forschungspolitik oft noch gar nicht in den Blick genommen worden sei. Dies zeigten auch die eigenen Anstrengungen im WZB, Zivilgesellschaft als Querschnittsthema unter Beteiligung aller Abteilungen zu etablieren. Auch der aus dem parlamentarischen Diskurs entstandene Engagementbericht sei so angelegt, dass man nicht nur das am WZB vorhandene Wissen, sondern auch das anderer im Feld befindlichen Institute einbeziehe. In diesem Sinne verstehe das WZB seine Rolle eher als „Facilitator“. Der Engagementbericht werde Mitte Mai vom WZB vorgelegt. Im Bereich Migration gebe es zudem ein vom BMFSFJ gefördertes und bis 2011 angelegtes Projekt zum Thema „Migration und Zivilgesellschaft“, das sozialräum-

lich ansetzen und beispielsweise die Frage thematisieren werde, wie man in Stadtteilen mit hoher ethnischer Diversität Engagementpolitik gestalten könne. Ergebnisse lägen derzeit noch nicht vor.

Es brauche jedoch nicht nur eine Bündelungsinstitution, sondern auch eine Forschung, die nicht nur auf der individuellen oder auf der institutionellen Ebene ansetze, sondern eine, die – wie beim Bildungspanel – auch den gesellschaftlichen Kontext mit in den Blick nehme. Darüber hinaus plädiere sie dafür, bei der Forschung Teilhabeaspekte wie Integration, Chancengleichheit, soziale Gerechtigkeit und Inklusion in den Vordergrund zu stellen – auch wenn ökonomische Konsequenzen und Effizienz- und Effektivitätsgesichtspunkte nicht ausgeblendet werden sollten. Gerade wenn man das Thema unter den von ihr genannten Aspekten betrachte, sei die Datengrundlage wahrscheinlich gar nicht so schlecht, da vorhandene Längsschnittanalysen unter diesem Gesichtspunkt miteinander kombiniert werden könnten, was bisher noch nicht geschehen sei.

Notwendig sei zudem die Einbettung in eine Lebensverlaufspolitik. Die Einführung von G8 und von Bachelor- und Masterstudiengängen führe zu einer massiven Beschleunigung der Bildungsphase. Dies könne auch zur Folge haben, dass Auslandsjahre oder ein Freiwilliges Soziales Jahr gar nicht erst in Betracht gezogen werden, weil man anderenfalls dem Arbeitsmarkt später zur Verfügung stünde. Zudem sei unser Sozialsystem immer noch darauf ausgerichtet, dass die Menschen möglichst früh und lange und möglichst ununterbrochen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stünden. Diese Forderung nach einer möglichst langen und durchgängigen Erwerbsbiographie führe jedoch zu einer immer stärker werdenden Spaltung in der Gesellschaft zwischen denen, die immer mehr und dauerhaft zuviel arbeiteten und denen, die aufgrund von Langzeitarbeitslosigkeit überhaupt nicht mehr arbeiteten. Sie plädiere dafür, nicht dem Normalarbeitsverhältnis hinterher zu trauern, sondern den Mut zu neuen Lebensverlaufsregimen bei Frauen und Männern zu haben, die Unterbrechungen für Kinderziehung, für bürgerschaftliches Engagement oder für die Pflege der Eltern geradezu forderten.

Der **Vorsitzende** hebt abschließend hervor, dass das Thema Zivilgesellschaft neben der individuellen Ebene und Fragen der „biografischen Passung“ auch eine gesellschaftliche und demokratiepolitische Ebene und insofern auch eine wichtige Bedeutung für die Zukunft der Demokratie als Staats- und Gesellschaftsform habe. Da es keine weiteren Fragen von Seiten

der Kolleginnen und Kollegen gebe, danke er Frau Prof. Allmendinger bereits an dieser Stelle für ihr Kommen, da sie wegen eines weiteren Termins die Sitzung früher verlassen müsse.

Der Vorsitzende ruft sodann den Tagesordnungspunkt 2 „Vorstellung der Konzeption eines Debattenzyklus ‚Netzwerk Politik, Wissenschaft und Bürgergesellschaft‘“ auf und erteilt Herrn Dr. Then hierzu das Wort.

Dr. **Volker Then** (CSI) hebt hervor, dass die heutige Sitzung gezeigt habe, dass es viele Berührungspunkte zwischen Wissenschaft und Politik gebe. Das CSI wolle deshalb von Seiten der Forschung zur Zivilgesellschaft und zum Dritten Sektor das Angebot zu einem regelmäßigen Dialog mit der Politik machen, dem man den Titel „Netzwerk Politik, Wissenschaft und Bürgergesellschaft“ gegeben habe. Das CSI biete an, seine wissenschaftlichen Ergebnisse in griffiger und verständlicher Form bereitzustellen und aufzubereiten. Dieses Angebot richte sich nicht nur an die Mitglieder des Unterausschusses, sondern – je nach Thema – auch an die Mitglieder anderer Ausschüsse des Bundestages sowie an die Mitarbeiter von Abgeordneten, Verwaltung und Ministerien. Umgekehrt solle auch von Seiten der Politik die Möglichkeit bestehen, ihrerseits Themen vorzuschlagen und Fragen an das CSI zu richten, die dann in einer der nächsten Veranstaltungen aufgegriffen werden könnten. Folgende vier grundsätzliche Fragestellungen könnten im Mittelpunkt der Veranstaltungen stehen: Wie wirken die Sektoren ordnungspolitisch zusammen? In welchen Rechts- und Finanzierungsformen kann die weitere Vernetzung von öffentlichen und privaten Akteuren sinnvoll erfolgen? Welcher Stellenwert wird dem zivilgesellschaftlich relevanten Prinzip der Partizipation eingeräumt und wie kann die aktive Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern gestärkt werden? Zu welchen sozialen und volkswirtschaftlichen Erträgen können die Anstrengungen für eine weitere Verzahnung der Akteure im jeweiligen Feld führen? Diese Fragestellungen könnten in verschiedenen Themenfeldern (z.B. Wissenschaft, Kultur, Sozialpolitik, Migration, Umwelt) erörtert und spezifiziert werden.

Der **Vorsitzende** stellt klar, dass mit dem Vorschlag des CSI kein Netzwerk *des* Unterausschusses gegründet werden soll, sondern dass es sich um ein offenes Angebot handele, das sich auch an Mitglieder anderer Ausschüsse und an interessierte Mitarbeiter aus Bundestag und Ministerien richte. Dementsprechend werde das CSI zu einem Parlamentarischen Abend einladen.

Der Vorsitzende dankt den Sachverständigen und Mitgliedern für die angeregte Diskussion. Abschließend wolle er auf die nächste Sitzung des Unterausschusses am 25. März 2009 aufmerksam machen, bei der es um das Thema „Monetarisierung des bürgerschaftlichen Engagements – Wie viel Bezahlung verträgt bürgerschaftliches Engagement?“ gehen werde. Der Vorsitzende schließt die 31. Sitzung.

Ende der Sitzung um 19:03 Uhr.



Dr. Michael Bürsch